

Für Esslingen in Berlin!

**Markus Grübel berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche (29. Januar - 2. Februar 2018)

- 1. Konstituierung der Ausschüsse**
- 2. Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus**
- 3. Familiennachzug bleibt ausgesetzt**
- 4. Närrisches Treiben in Berlin**
- 5. Deutsche Schuldenuhr läuft rückwärts**

1. Konstituierung der Ausschüsse

Während die Koalitionsverhandlungen diese Woche noch laufen, haben sich die Ausschüsse des Deutschen Bundestages konstituiert. Die Liste mit der Zuteilung der Ausschussvorsitzenden habe ich Ihnen bereits zukommen lassen. Für die Union übernehmen acht Abgeordnete den Ausschussvorsitz, in vielen großen Ausschüssen, wie dem Innen-, Auswärtigen- oder Gesundheitsausschuss. Aus Baden-Württemberg sitzt der Pforzheimer Abgeordnete Gunther Krichbaum dem Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union vor.

Auch die anderen Fraktionen haben den Vorsitz in Ausschüssen übernommen. Besonders viel Gesprächsstoff bot dabei die Frage, wer den Vorsitz im wichtigen Haushaltsausschuss bekommen wird. Diese Besetzung spielt eine wichtige Rolle, weil der Haushaltsausschuss darüber bestimmt wie viel Geld – und wofür – die Bundesregierung ausgeben kann. Traditionellerweise fällt der größten Oppositionspartei der Vorsitz im Haushaltsausschuss zu – im Falle einer Großen Koalition wäre das die AfD. Diese Regelung gilt als ein Ausdruck der Kontrolle des Parlaments gegenüber der Bundesregierung. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses wurde der AfD-Abgeordnete Peter Boehringer gewählt. Entgegen der üblichen Benennung zum Vorsitzenden wurde eine Wahl nötig, da viele Abgeordnete Einwände gegen die Besetzung hatten. Boehringer ist wegen seiner frauen- und islamfeindlichen Äußerungen umstritten. Gewählt wurde er schließlich mit den

Stimmen der AfD und FDP, bei Nein-Stimmen der Linken und Enthaltung der Union, SPD und Grünen.

Auch wenn die Union im Ausschuss nicht direkt für Boehringer gestimmt hat: Ich finde es richtig, dass der Ausschussvorsitz der AfD zukommt. Denn nur weil wir inhaltliche Differenzen mit der Partei haben, können wir uns nicht darüber hinwegsetzen, dass auch die AfD von den Bürgern in den Bundestag gewählt wurde und somit die gleichen Rechte hat wie die anderen Fraktionen auch. Bei den bisherigen Vorgehensweisen zu bleiben und der AfD keine Möglichkeit zu bieten sich in einer Opferrolle darzustellen ist für mich die beste Lösung mit der neuen Situation umzugehen.

2. Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Diesen Mittwoch gedachten wir im Bundestag den Opfern des Nationalsozialismus. Anlass war der 73. Jahrestag der Befreiung des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen am 27. Januar 1945.

Dieses Jahr hielt die Auschwitz-Überlebende Dr. h. c. Anita Lasker-Wallfisch, MBE (Member of the Order of the British Empire) die Gedenkrede. Es gebe weder Entschuldungen noch Erklärungen für das, was damals geschehen ist. Was bleibe, sei die Hoffnung, „dass letzten Endes der Verstand siegt“. Heute ginge es darum, dafür Verantwortung zu tragen, dass so etwas

nie, „aber auch nie wieder geschehen kann“. Lasker-Wallfisch rief ebenfalls dazu auf, den wenigen mutigen Helfern zu gedenken, die damals ihr eigenes Leben gefährdet haben.

Damit die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit geraten, findet die Gedenkstunde seit 1996 jährlich zum 27. Januar im Plenum des Deutschen Bundestages statt.



Anita Lasker-Wallfisch bei ihrer Rede im Plenum (Foto: DBT/Melde)

Wie wichtig es ist, unsere Vergangenheit nicht zu vergessen, zeigte sich erst vor wenigen Wochen, als im Dezember 2017 israelische Fahnen vor dem Brandenburger Tor verbrannt wurden. Gegen diese und jede Form von Antisemitismus müssen wir ein klares Zeichen setzen! Dazu wurde Mitte Januar 2018 im Bundestag ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen angenommen, der unter anderem vorsieht, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen.

Anfeindungen aufgrund von Religionszugehörigkeit oder Abstammung zu denen es immer wieder kommt sehe ich als Grund zum Handeln:

„Wir können nicht akzeptieren, dass Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland gegen Hass und Ablehnung kämpfen müssen. Meine Unionskollegen und ich setzen uns deshalb nicht nur gegen rechtsextrem motivierten Antisemitismus, sondern auch gegen eingewanderten arabischstämmigen Antisemitismus ein. Unsere Botschaft, die wir in die Gesellschaft hineinbringen wollen, ist ganz klar: Wer in diesem Land leben will, der darf kein Antisemit sein!“

3. Familiennachzug bleibt ausgesetzt

In zweiter und dritter Lesung wurde diese Woche über die weitere Aussetzung des Familiennachzuges beraten. Der von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Antrag wurde nach einer kontroversen Debatte angenommen.

Weitere Anträge zum Familiennachzug wurden von den anderen Fraktionen eingereicht, fanden aber keine Mehrheit. Die AfD forderte den völligen Wegfall des Nachzugsanspruchs für subsidiär Geschützte, die FDP plädierte für eine Aussetzung für weitere zwei Jahre mit verschiedenen Ausnahmebedingungen. Dagegen forderten Linke und Grüne die Möglichkeit für Familienzusammenführungen ein.

Mit der Annahme des Antrags ist der Weg frei für die Regelung von Union und SPD, nach der der Zuzug der Kernfamilie aus humanitären Gründen im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen werden kann. Für besondere Einzelschicksale soll wie bisher eine Härtefallregelung gelten.

4. Nürrisches Treiben in Berlin



Die Abgeordneten Michael Donth, Ronja Kemmer, Annette Widmann-Mauz und Markus Gröbel mit den Narren in der Kuppel des Reichstaggebäudes (Foto: DBT/Haar)

„Narri Narro!“ hieß es diese Woche nicht nur in der Heimat, sondern auch in Berlin! Die „Vereinigung freier Oberschwäbischer Narrenzünfte“ mit Narren aus Neuhausen a.d.F. war am Mittwoch, den 31. Januar 2018 zu Gast im Bundestag. Gemeinsam mit meinen MdB-Kollegen aus dem Ländle empfing ich die Gruppe im Bundestag. Ich habe mich besonders darüber gefreut, dass fünf der insgesamt 160 Teilnehmer aus meinem Wahlkreis kommen.

Nach einem Gespräch im Fraktionssaal und einem Kuppelbesuch, läuteten die Narren mit einem bunten, nürrischen Programm die fünfte Jahreszeit bei der traditionellen Fasnet in der Landesvertretung Baden-Württemberg ein.

Die schwäbisch-alemannische Fastnacht ist seit 2014 immaterielles UNESCO-Kulturerbe und ein wichtiges Element, regionaler und gesamteuropäischer Identität.



Den Abgeordneten wurde für ihre Begrüßung in Berlin gedankt (Foto: CS)

5. Deutsche Schuldenuhr läuft rückwärts

Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler läuft nun rückwärts. Grund dafür ist der Rückgang der Gesamtverschuldung des Staates im Jahr 2017 um 2,9 Prozent auf noch 1,93 Billionen Euro, so BdST-Präsident Reiner Holznagel. Auch in den Koalitionsverhandlungen setzen wir uns für einen Fortbestand der schwarzen Null und durch einen ausgeglichenen Haushalt ein.



Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler mit Markus Gröbel vor der Schuldenuhr (Foto: BdSt)